

## Impuls, 4. Februar 2026

### Podiumsdiskussion mit den Fraktionsführenden und Spitzenkandidat\*innen der Landtagswahlparteien

*Daniel Kieslinger*

Politiker\*innen haben viele „Lieblingsworte“. „Zuversicht“, „Resilienz“ und davon, dass wir anpacken sollen. Multiplen Krisen zum Trotz sollen wir wieder positiv und tatkräftig in die Zukunft blicken und gleichzeitig widerstandsfähiger werden – als Land, als Kommunen, als Gesellschaft. Alles richtig. Nur: Zuversicht entsteht nicht durch Appelle und lässt sich nicht verordnen. Gesellschaftliche Resilienz entwickelt sich nicht durch Blame-Gaming.

Diese Dinge entstehen durch eine funktionierende Infrastruktur. Und soziale Infrastruktur ist keine „weiche“ Infrastruktur. Sie ist tragend – im Alltag genauso wie in Krisen.

Die beiden Menschen, die hier gerade ihre Stimme erheben konnten, zeigen uns wie es geht: Sich aus Krisen aufraffen, Zuversicht schöpfen und resilient werden. – Doch allein geht das nicht.

Ich spreche für die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz: für fünf Verbandsgruppen, die gemeinsam über 10.000 Einrichtungen und Dienste verantworten, mit mehr als 175.000 Beschäftigten – und getragen zusätzlich von weit über 40.000 Ehrenamtlichen. Das ist keine Randnotiz, sondern ein wesentlicher Teil dessen, was dieses Land zusammenhält.

Und ich sage das gleich zu Beginn sehr klar, weil es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte: Ehrenamt darf nicht als billiges Substitut für Professionalität fungieren. Fachkräftedefizite dürfen nicht durch immer mehr Belastung der Ehrenamtlichen „kompensiert“ werden. Ehrenamt braucht Anerkennung und Unterstützung – aber es ist nicht der Ersatz für verlässliche Finanzierung, für Tarifbindung und für Fachlichkeit.

Gerade weil die Programme zur Landtagswahl derzeit versprechen, aus Liebe zum Land zu handeln, für ein Rheinland-Pfalz zu sorgen, das funktioniert, und mit neuer Kraft für Vernunft, Klimaschutz sowie soziale Gerechtigkeit anzupacken, möchte ich an dieser Stelle betonen: Wahre politische Stärke zeigt sich nicht im Slogan, sondern darin, die Infrastruktur und damit auch und insbesondere die Infrastruktur – das Rückgrat unseres Zusammenhalts – verlässlich und zukunftssicher aufzustellen.

Wir erwarten, dass Politik nicht nur Versprechen macht, sondern Strukturen schafft, die Versprechen einlösen können. Denn die beste Idee nützt nichts, wenn sie im Alltag an Personalmangel, an Projektlogik, an Bürokratie und an kommunaler Überforderung scheitert. Ich möchte drei Beobachtungen voranstellen – und dann drei politische Erwartungen formulieren.

Erste Beobachtung: Der soziale Alltag wird härter – und damit wird soziale Infrastruktur zur Sicherheitsfrage.

Wer heute über „innere Sicherheit“ spricht, darf nicht so tun, als ginge es nur um Polizei, Kameras und Strafrecht. Der soziale Frieden entscheidet sich in der Frage: Fühlen Menschen sich gesehen, unterstützt, beteiligt? Oder erleben sie, dass sie durch Raster fallen?

Rheinland-Pfalz spürt das: Der Druck auf die öffentlichen Haushalte wächst. Die kommunalen Sozialausgaben sind in den vergangenen Jahren auf rund 4,4 Milliarden Euro gestiegen. Gleichzeitig verzeichnen Kommunen Defizite, die sie handlungsunfähig machen. Wenn Kommunen sparen müssen, sparen sie selten zuerst am Straßenbau. Sie sparen an dem, was leise ist: Beratung, Prävention, Begegnung, Teilhabe. Und damit sparen sie an der Stelle, an der Demokratie im Alltag gelernt wird.

Wir wissen: Das Land hat an vielen Stellen selbst mehr getan – und zugleich erleben wir, dass Aufgaben zwischen Bund, Land und Kommunen hin- und hergeschoben werden. Für die Menschen ist das egal – sie wollen Hilfe. Für die Kommunen ist es nicht egal: Sie tragen die Last, oft ohne die Steuerungsmöglichkeiten zu haben. Deshalb erwarten wir in der nächsten Legislatur eine klare Linie: Wer Aufgaben bestellt, muss Finanzierung und Verfahren mitdenken. Und wenn Sie – wie die SPD in ihrem Programm – eine Analyse der Wirkung der Sozialausgaben auf die Haushalte ankündigen, dann verbinden Sie diese Analyse bitte mit einer zukunftsweisenden Strategie: Stärkung der kommunalen Finanzausstattung, verlässliche Landesanteile bei Pflichtaufgaben und ein Ende der kurzfristigen Förderlogik. Denn sonst bleibt die kommunale Ebene der Ort, an dem Krisen ankommen – aber Lösungen nicht finanziert sind.

Zweite Beobachtung: Wir haben ein Wohnungsproblem – und es frisst sich in alle anderen Politikfelder

Zwischen 2020 und 2024 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Rheinland-Pfalz um fast 10.000 zurückgegangen – von etwa 46.500 auf rund 36.600. Das sind Wartelisten. Das sind Familien, die keine Wohnung finden. Das sind Frauen, die nach Trennung keinen sicheren Ort haben. Das sind junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz annehmen, weil sie nicht wohnen können. Das sind ältere Menschen, die nicht umziehen können, obwohl die Wohnung nicht mehr passt.

Zugleich sehen wir: Krisen haben Gesichter, die in Statistiken zu oft verschwinden. Frauen, die vor Gewalt fliehen und keinen Platz im Schutzsystem finden. Menschen mit Suchtproblemen, bei denen Beratung und Therapie zu spät kommen. Menschen mit Behinderung, deren Recht auf Teilhabe an fehlenden Assistenz- und Unterstützungsstrukturen scheitert. Kinder, die im Ganztage Chancen bekommen sollen – aber nur, wenn Qualität, Personal und Finanzierung stimmen.

Dritte Beobachtung: Wir steuern in eine Versorgungslücke – bei Pflege, bei Kitas, bei Eingliederungshilfe, bei Beratung.

Die Bedarfe in Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Pflege steigen – aus unterschiedlichen Gründen - Gleichzeitig fehlen schon jetzt tausende Fachkräfte – in der Pflege genauso wie in Kitas, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Beratungsstellen. Das

ist nicht „nur“ ein Arbeitsmarktproblem. Es ein Versorgungsproblem. Und es ist ein Gerechtigkeitsproblem.

Soviel nun zur Lage. Und jetzt will ich zugespitzt werden:

Wenn Politik den Sozialstaat vor allem als Kostenstelle betrachtet, wird er zur Sortiermaschine. Dann werden Menschen nicht mehr als Bürger\*innen mit Rechten gesehen, sondern als Fälle, die man irgendwo „zuordnet“ – je nach Kategorie, Zuständigkeit, Akte, Paragraf. Der Sozialstaat sortiert dann: in „zuständig“ und „nicht zuständig“ – was verwaltungstechnisch vielleicht richtig ist, wird für die Menschen zum Stigma. Das Ergebnis kennen wir: Scham, Rückzug, Misstrauen. Und Misstrauen ist der Nährboden für Populismus. Bei allem Bewusstsein für das Ressourcenallokationsproblem und das verbundene Etikettierungsdilemma – wir müssen uns immer den Exklusionsmechanismen unserer funktionalen Systeme bewusst sein.

Erlauben Sie mir dazu ein Bild aus unserem Alltag – weil wir oft über „Zielgruppen“ reden, hilft es immer sich einzelne Schicksale vor Augen zu führen:

*Eine alleinerziehende Mutter. Zwei Kinder. Der Vater zahlt unregelmäßig. Die Miete ist gestiegen, die Heizkosten auch. Sie hat Angst, die Wohnung zu verlieren. Sie geht zur Schuldnerberatung. Dort zeigt sich: Es gibt möglicherweise Ansprüche auf Wohngeld, auf Kinderzuschlag, auf Unterhaltsvorschuss, auf Leistungen aus Bildung und Teilhabe. Für jedes Thema eine andere Stelle, andere Öffnungszeiten, andere Formulare, andere Nachweise. Und während sie versucht, das alles zu organisieren, verpasst sie einen Termin im Jobcenter – es drohen Sanktionen. Gleichzeitig soll sie arbeiten, die Kinder betreuen, die Schule organisieren, den Alltag.*

Wenn komplexe Herausforderungen, komplexe Antworten erfordern und zusätzlich auf ein kompliziertes unübersichtliches System treffen ist das der „perfekte Sturm“ eines Bürokratiemonsters.

Das ist die Sortiermaschine. Und genau hier liegt der Punkt, an dem Politik entscheiden muss: Wollen wir, dass Menschen an Verfahren scheitern – oder wollen wir, dass Verfahren Menschen dienen?

Daher unser Grundsatz als LIGA: Sozialstaat ist kein Reparaturbetrieb. Er ist Demokratie-Infrastruktur.

Demokratie-Infrastruktur muss man pflegen, nicht nur loben. Vertrauen ist dabei eine Ressource – und Bürokratie kann sie zerstören.

Viele von Ihnen schreiben in ihren Wahlprogrammen zu Recht: Alle reden über Digitalisierung und Beschleunigung – für die Menschen zählt aber, ob Hilfe einfacher erreichbar wird, also beginnen Sie bitte dort, wo es für Menschen wirklich spürbar ist:

- weniger Nachweispflichten, wenn Daten längst vorliegen,
- verständliche Sprache statt Barrierendschungel,
- One-Stop-Strukturen in Quartieren und Dörfern,

- und eine Fehlerkultur, die sagt: „Wir helfen dir, das hinzubekommen“, statt: „Frist versäumt, Pech gehabt.“

Und ja: Auch wir als Träger wollen Entbürokratisierung. Nicht, weil wir Kontrolle ablehnen. Sondern weil Kontrolle zu oft am falschen Ende stattfindet: Am Papier, nicht an der Wirkung.

Damit bin ich bei der Finanzierungslogik. Ich nenne sie beim Namen: Projektroulette.

Heute werden vielerorts Aufgaben der sozialen Sicherung über kurzfristige Projektmittel abgesichert. Das führt zu drei fatalen Effekten:

1. Erstens: Gute Fachkräfte gehen, weil sie keine Perspektive haben.
2. Zweitens: Angebote verschwinden, sobald sie anfangen zu wirken.
3. Drittens: Kommunen und Träger bekommen keine verlässliche Planungsgrundlage, weil alles ständig neu beantragt, bewilligt, nachgewiesen, abgerechnet werden muss.

Das ist nicht nur nicht effizient, sondern teuer – nur eben in einer unsichtbaren Währung: Zeit, Frust, Wirkungsverlust.

Und damit komme ich zu drei Erwartungen – als Maßstab, an dem wir die Wahlprogramme und die Umsetzungen darin messen.

Erwartung 1: Ein Pakt für eine tragfähige soziale Infrastruktur – mit verlässlicher Finanzierung statt Projektroulette und vor allem einer Gesamtstrategie für sozialen Zusammenhalt statt ressortoptimiertem und versäulten Maßnahmensträußen.

Erwartung 2: Ein Wohn-Pakt, der den Namen verdient – „Housing First“ und Sozialwohnungen, Sanierung im Bestand und eine zielführende Wohnungslosenhilfe sind hier Orientierungspunkte.

Erwartung 3: Ein Fachkräfte- und Qualitätspakt – mit Entlastung, Qualifizierung und echter Anerkennung sozialer Berufe.

Wir als LIGA sind dabei offen auch unsere Strukturen zu hinterfragen, um in einer gemeinsamen Verantwortungsgemeinschaft mit Land und Kommunen Rheinland-Pfalz auch weiterhin sozial zu halten und für die Menschen die Unterstützung brauchen, diese auch zu ermöglichen.

Die Prioritäten, die Sie setzen, sind am Ende eine Haushaltsfrage. Nicht die Frage, ob wir uns den Sozialstaat leisten können – sondern ob wir uns das Wegbrechen der sozialen Infrastruktur leisten wollen:

**Teilhabe** ist kein „Nice-to-have“, sondern der Kern sozialer Gerechtigkeit.

**Tarifbindung** und Qualität gehören zusammen – und müssen gemeinsam finanziert werden.

**Bürokratieabbau** heißt: weniger Hürden für Menschen, nicht weniger Schutz für Menschen.

**Demokratie** braucht Begegnung. Wo Begegnung weggekürzt wird, wachsen Misstrauen und Verzweiflung – statt Zuversicht und Resilienz.

Daher ein Appell zum Schluss: Lassen Sie den Sozialstaat nicht zu einer kaputten Sortiermaschine verkommen – machen Sie ihn wieder zur Ermöglichungsmaschine.

Die LIGA steht bereit: als Partnerin, als kritische Stimme, als Umsetzerin. Aber Partnerschaft heißt: Verbindlichkeit. Nicht nur im Wahlkampf, sondern am Tag danach.